

Josef Schüßlburner

Die Entnationalisierung von Demokratie - Kritische Bewertung des Europa-Projekts

Zugunsten des Euro-Projektes „Europäischen Union“ und damit vereinfacht für „Europa“ als quasi-staatlicher Einheit, sind im wesentlichen folgende Begründung vorgebracht worden:

- Europa garantiert den Frieden
- Europa ist wirtschaftlich vorteilhaft und deshalb notwendig
- Europa dient dem Schutz demokratischer Werte.

Bevor der 3. Punkt behandelt wird, der das eigentliche Thema der nachfolgenden Ausführungen darstellt, muß kurz auf die ersten beiden Begründungen eingegangen werden, die politisch ursprünglich die zentralere Bedeutung hatten. Dieser maßgebende Argumentationsstrang hängt natürlich mit dem hier interessierenden Gesichtspunkt der Ent-Nationalisierung von Demokratie als Essenz des Europa-Projektes eng zusammen. Die beiden ersten Begründungen - Ruhe und Wohlstandsbauch - lassen zumindest den Verzicht auf national-staatliche Demokratie und die Ersetzung derselben durch demokratisch genannte Euro-Werte leichter akzeptabel erscheinen.

Euro-Begründungen

Die Behauptung, Europa garantiere den Frieden, hat zuletzt der maßgebliche Abwickler des Erfolgsmodells „Deutsche Mark“, der ehemalige Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) hervorgeholt (s. FAZ vom 24.03.2010, S. 8). Nach seiner Darlegung hat sich das Gründungsmitglied der CSU, Josef Müller, schon 1946, kaum vom KZ befreit, dahingehend eingelassen: „Wir brauchen eine gemeinsame europäische Währung, weil Länder mit einer gemeinsamen Währung nie mehr Krieg gegeneinander geführt haben.“ Man braucht dieser Behauptung, die nicht dadurch richtiger wird, weil sie ein vom KZ Befreiter geäußert hat, nur die Frage entgegenhalten, ob denn der im Jahre 1785 als neue Währung der USA eingeführte „Dollar“ den amerikanischen Sezessionskrieg verhindert hat. Natürlich kann es formal-rechtlich dann keinen Krieg mehr geben, falls dieser als bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Staaten definiert wird, wenn es keine Staaten mehr gibt. Dafür handelt man sich aber möglicherweise Bürgerkriege, Unhängigkeitskriege oder Sezessionskriege ein, was dann nicht unbedingt einen Fortschritt darstellen dürfte. Im Übrigen ist das Verhältnis von „Europa“ und „Nachkriegsfrieden“ umgekehrt zur Unterstellung der Euro-Politiker: Nicht Europa hat den Frieden garantiert, wie schon durch die friedliche Haltung des Nichtmitglieds Schweiz belegt wird, sondern unter Friedensbedingungen konnte mit „Europa“ experimentiert und etwa der Euro eingeführt werden: „Wenn es dem Esel zu wohl ist, geht er aufs Eis tanzen“, wäre vielleicht noch die nachsichtigste Erklärung des Euro-Phänomens.

Das Hochspielen des Friedensarguments durch Ex-Minister Waigel dürfte vor allem damit zu erklären sein, daß spätestens seit dem Staatsbankrott der Euro-Mitglieder Griechenland und Irland und dem absehbaren weiterer Euro-Staaten, die zentrale Rechtfertigung für „Europa“, nämlich wirtschaftlich vorteilhaft zu sein, wohl nicht mehr so richtig zieht. Da die Leute aber durchaus und verständlicherweise bereit sind, für den Frieden einen hohen Preis zu zahlen, wird nunmehr das Friedensargument hervorgezaubert: Insbesondere die Deutschen sollen

dadurch bereit gemacht werden, über Formeln wie „europäischer Währungsfonds“, „Solidargemeinschaft von Menschen“ die griechischen und irische (sowie weitere) Staatsschulden mit zu übernehmen, auf daß sich die Aussage der französischen Zeitung Figaro bestätigt: „Maastricht“, also die Euro-Konstruktion, „ist der Versailler Vertrag ohne Krieg“; d.h. „man“ erhält dann von den Deutschen friedlich, was „man“ sich sonst kriegerisch von ihnen holen müßte. Macht dies die Aussage des Europa-Propheten Helmut Kohl (CDU) verständlich: „Die Verwirklichung der Europäischen Union ist eine Frage von Krieg und Frieden in Europa“? Für einen weiteren Berufseuropäer, dem derzeitigen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), ist dies so wichtig, daß er für Europa sogar „den Rechtsbruch in Kauf“ nimmt (so die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 21.03.2010, S. 44). Für einen ehemaligen Verfassungsminister ergibt dies erhellende Einblicke!

Nun soll nicht bestritten werden, daß „Europa“ wirtschaftliche Vorteile gebracht hat. Diese hätten sich aber angesichts der weltweiten Wirtschaftsliberalisierung sicherlich auch anderweitig ergeben wie etwa der wirtschaftliche Erfolg von Japan oder auch der USA zeigt (davon kann ungeachtet der derzeitigen Schwierigkeiten gesprochen werden), die keine Mitglieder der EU sind. Für die Themenstellung ist jedoch die europapolitische Prämisse bedeutsam, wonach Wirtschaftsentwicklung Staatenzusammenschlüsse erfordern würde: Wäre diese Prämisse richtig, dann müßten Staaten wie Schweiz, Liechtenstein, Singapur oder Hongkong arme Länder sein. Einen positiven Zusammenhang zwischen geographisch-politischer Größe und wirtschaftlichem Erfolg gibt es in der Tendenz bei Bestehen von weitweiten Planwirtschaften. Ein Planwirtschaftssystem, vereinfacht also Sozialismus, kann sich allerdings ein Großstaat im internationalen Machtwettbewerb eher leisten und dies auch bewerkstelligen als Kleinstaaten. Will man langfristig also eine Planwirtschaft einführen, muß man genau so etwas wie „Europa“ als staatsähnliche Einheit schaffen: Und der „Euro“ ist mit seiner erheblichen Reduzierung des internationalen Währungswettbewerbs deshalb ein entscheidender Schritt in Richtung kontinentale Planwirtschaft.

Auch wenn die Europa-Idee auf der Wirtschaftsliberalisierung gründet und damit im Widerspruch zur Planwirtschaft zu stehen scheint, so liegt dem dabei sichtbar werdenden politischen Euro-Konzept eine ökonomistische Weltbetrachtung zugrunde, die man nur als „(quasi-)marxistisch“ einstufen kann: Marktbeziehungen und Währungsunion erzwingen danach Frieden und Nationenabschaffung. Auch wenn zugestanden werden kann, daß internationaler Freihandel dem Frieden in der Tendenz eher dienlicher sein dürfte als protektionistische Wirtschaftsblöcke, so stellt die Behauptung eines quasi-deterministischen Zusammenhangs nach der Formel: „Währungsunion = Friede“, nichts anderes als den Versuch dar, das spezifisch Politische durch Ökonomie und Moral abzuschaffen: Dementsprechend hat man im EWG-Europa vom „Marktbürger“ gesprochen und damit gemeint, Deutsche und Franzosen durch Konsumenten und Produzenten zu ersetzen: Den Status des Insolventen hat man dabei verschwiegen, weil das Auftreten von Gerichtsvollzieher und Polizei zur Schuldeneintreibung dann vielleicht wieder zu schnell in die Welt des Politischen führt. Der Versuch, insbesondere Deutsche durch Konsumenten und Produzenten zu ersetzen, hat ein marxistisches Gegenstück in der kommunistischen DDR, wo 1974 durch Links-Diktator Honecker die Formulierung der Ulbricht-Verfassung von 1968, wonach die DDR „ein sozialistischer Staat deutscher Nation“ sei, ersetzt wurde durch: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern.“

Liberaler Demokratieeinschränkung durch „Europa“

Die kongeniale Ersetzung der (Bundes-)Deutschen, zwar nicht durch „Arbeiter und Bauern“, aber durch den *Euro-payer* ist dabei, trotz der ursprünglichen Verschleierung des Politischen, höchst politisch und stellt letztlich einen anti-demokratischen Versuch der Ideenströmung des Liberalismus dar. Aufgrund der liberal-demokratischen Synthese, Produkt des Konstitutionalismus des 19. Jahrhunderts, die nunmehr Demokratie und Liberalismus als weitgehend identisch erscheinen läßt, wird üblicherweise die nicht vollständig auflösbare Ungleichartigkeit von Liberalismus und Demokratie verdrängt: Rechtsstaat einerseits und Volkssouveränität, also Macht ohne Reziprozitätsbeziehung andererseits: Minderheitenschutz und Mehrheitsherrschaft sind nicht ohne weiteres auf einen Nenner zu bringen. Das Verkennen dieser Situation stellt den wesentlichen Grund dar, daß das Ausmaß der Problematik der Entnationalisierung der Demokratie als Europa-Projekt nicht hinreichend verstanden wird.

Schon die amerikanischen Verfassungsväter, die man als die Urliberalen ansprechen kann, auch wenn der Begriff des Liberalismus noch nicht erfunden war (dieser entstand wohl gegen 1800 in Spanien), wollten mit der Umwandlung der Konföderation unabhängiger Staaten in die föderalen Vereinigten Staaten von Amerika, die immer wieder - allerdings bei Verschweigen des Sezessionskrieges - als Bezugspunkt des Euro-Projektes angeführt werden, unter dem Banner des Republikanismus die „levelling tendencies of democracy“, also das, was später als sozialistische Tendenz benannt werden sollte, konstitutionell in die Schranken weisen. Dementsprechend sollten die USA nach der Konzeption der Verfassungsväter keine Demokratie sein, sondern eine „Politie“. Die Demokratisierung des Wahlrechts, die unter der Regierung des überzeugten Demokraten und rassistischen Indianerhassers Andrew Jackson abgeschlossen war, geht auf die ideologischen Tendenzen der Französischen Revolution zurück, während zur Zeit der amerikanischen Verfassungsgebung vielleicht 1/6 der Amerikaner aktiv wahlberechtigt war: Dies stellte bereits ein Maß an Demokratie dar, das den Verfassungsvätern ernsthafte Sorgen bereitet hatte (s. dazu Forrest McDonald, *Novus Ordo Seclorum. The intellectual Origins of the Constitution*, Lawrence/Kansas 1985). Die europäischen Liberalen versuchten, ein entsprechendes Anliegen vor allem durch das Zensuswahlrecht, auf das man sich in den USA auf Unionsebene nicht verständigen konnte, zu verwirklichen. Ein an die Steuerleistung geknüpft Wahlrecht würde nämlich den Minderheitenschutz der Eigentümer gegenüber der Masse der bei Demokratie stimmberechtigten eigentumsschwachen Bevölkerungsschichten gewährleisten. Ideologisch konnte sich dieser Ansatz der Sicherung von Wirtschaftsinteressen durch Wahlrechtsbeschränkungen entsprechend der von Alexis de Tocqueville in seinem Werk „Über die Demokratie in Amerika“ genial vorausgesagten Dynamik des einmal in die Welt gesetzten demokratischen Gleichheitsprinzips nicht länger behaupten und die Liberalen mußten sich zumindest seit dem 1. Weltkrieg mit dem gleichen Wahlrecht abfinden.

Da man sich angesichts des ideologisch maßgeblichen Demokratismus nicht offen für ein Klassenwahlrecht aussprechen kann, müssen andere Weg zur Entwertung des demokratischen Wahlrechts beschritten werden: Genau dies ist der Zweck des einst als „Technokratie“ gewürdigten EU-Europa-Projektes, wie etwa vom einflußreichen amerikanischen Publizisten und Herausgeber von *Newsweek International*, Fareed Zakaria, „Das Ende der Freiheit? Wieviel Demokratie verträgt der Mensch?“ in positiver Würdigung dieses Projekts erkannt worden ist: Nach ihm funktionieren schon in den USA am besten die Institutionen, die nicht so besonders demokratisch konstituiert sind wie Armee, Bundesreserve und Oberster Gerichtshof. Dem würde die positive Funktionsweise der demokratisch nicht wirklich legitimierten Europäischen Kommission als wichtigstem Organ EU-Europas entsprechen. In

der Tat können dann die nationalen Minister als Europäischer Ministerrat von der Europäischen Kommission initiierte und mit Hilfe der Lobbyisten ausformulierte Beschlüsse fassen, die sie sich zu Hause aus lauter Angst vor der populistischen Demokratie nicht zu beschließen getrauen, um dann populistisch im heimischen Wahlkampf gegen die „Eurokratie“, also gegen sich selbst, zu schimpfen, die leider dies und jenes vorgeben würde.

Auch wenn man diesen europäischen Obrigkeitsstaat, der anderes als sein deutsches Vorbild nur gut sein kann, wirklich demokratisiert, dann ist das damit verbundene Demokratiedilemma nicht aufzulösen: Da man ein Parlament nicht sowjetähnlich bei Inkaufnahme der Entmachtung der ihm angehörigen Parlamentariern auf mehr als höchstens 1000 Mitgliedern erhöhen kann, sondern es auch bei einem 500 Mio. Volk bei einem Zentralparlament etwa von der Größe des quantitativ bereits viel zu großen Deutschen Bundestages bleiben muß, wird damit auf europäischer Ebene automatisch das Gewicht der Wahlstimme, gemessen am Verhältnis Anzahl der Wähler, die durch einen Abgeordneten repräsentiert wird, vermindert. Genau aus diesem Grunde konnten auch die demokratieskeptischen US-Verfassungsväter die demokratische Tendenz erträglich finden, weil die politische Zentralisierung den politischen Prozeß etwa in Form der Wahlkampffinanzierung so verteuern würde, daß ohnehin nur Vertreter vermögender Klassen oder von diesen finanzierte Politiker in ein öffentliches Amt gewählt werden könnten, ein Konzept, das sich auch heute noch entfaltet, wo weniger als 1% der Bevölkerung 77% der Beiträge zur Finanzierung von Kongreßwahlen aufbringen (s. Charles Lewis, *The Buying of the President*, 1996, S. 222). Diese Herrschaftsausübung durch Verteuierung des politischen Prozesses aufgrund von Erweiterung der Gebiets- und Bevölkerungsgröße war zu Gunsten der etablierten Interessen so erfolgreich, daß in den USA ideologische Verbotssysteme, wie man sie in einer speziellen Weise insbesondere in der Bundesrepublik findet, überflüssig wurden, zumal schon alle Versuche, in den USA eine dritte Partei als Machtfaktor zu etablieren, sich schon seit nunmehr über hundert Jahre als erfolglos erwiesen haben. Der Rückgang der Wahlbeteiligung und damit der anspruchlosesten Form demokratischer Partizipation mangels sinnvoller effektiver Optionen gegenüber etablierten Interessen auf im Regelfall unter 50% der Wahlberechtigten tut der Bewertung des politischen Systems der USA als „demokratisch“ erstaunlicher Weise keinen Abbruch. Die USA erhalten nämlich im internationalen Vergleich höchste Demokratiebewertungen zugemessen, was man dann auch auf die Euro-„Demokratie“ anwenden würde. Dabei ist das derzeitige Europa auch nach den vielen Verfassungsverträgen demokratiethoretisch derart defizitär, was sich darin zeigt, daß wohl kein Staat als EU-Mitglied aufgenommen werden würde, der selbst nach einem Verfassungssystem regiert wird, wie es auf EU-Ebene existiert: Als parlamentarische Demokratie in der üblichen Wortbedeutung kann nämlich EU-Europa immer noch nicht eingestuft werden!

Der ökonomisch-demokratische Sinn des Nationalstaates

Selbst wenn man über dieses Demokratie-Defizit hinwegsieht, das aber nach Einschätzung kluger Leute eigentlich gar keines sein kann, gerade weil es Demokratie beschränkt und entwertet, und folgt man den Euro-Politikern, die ein „demokratisches Europa“ wollen, gedanklich, indem man ihre Illusionen für bare Münze nimmt, dann müßte sich schnell die Erkenntnis einstellen, daß das demokratische Dilemma von „Europa“ nicht auflösbar ist: Dieses besteht darin, daß auch ein wirklich formal-demokratisch auf „one man one vote“ gegründetes Europa schon rein arithmetisch einen Verlust an realer Demokratie darstellen würde, weil bei einem Staatenzusammenschluß die jeweils überstimmte Minderheit immer größer ist als die Summe der Minderheiten bei unabhängigen Einzelstaaten. Man stelle sich eine Abstimmung über die Einführung einer europäischen Amtssprache vor: Bei

Nationalstaaten gibt es offensichtlich europäische Staaten, in denen eine Mehrheit für Französisch als Amtssprache besteht, bei einer europäischen Abstimmung würden die Französischbefürworter wohl überstimmt und müßten erhebliche Kosten für das Erlernen der englischen oder - *horribile dictu* - deutschen Sprache aufwenden. Diese mathematisch unvermeidbare Vergrößerung der überstimmt Minderheit durch Staatenfusionen, die sowohl absolut wie auch relativ besteht, hat wegen der dabei involvierten redistributiven Wirkung erhebliche Wohlstandsverluste bei der Erstellung öffentlicher Güter wie optimales Steuersystem, Währungsordnung, Rechtswegegarantie etc. zur Folge.

Diese Größennachteile, die sowohl demokratie- wie auch wirtschaftstheoretisch zumindest im Hinblick auf die Produktion öffentlicher Güter bestehen, können nur durch einen Mechanismus neutralisiert werden: die national-staatliche kulturelle Homogenität. Diese drückt sich am greifbarsten in der einheitlichen Staatssprache aus, ist darauf aber nicht beschränkt. Damit läßt sich aber der ökonomische Erfolg der bevölkerungsmäßig relativ großen Bundesrepublik Deutschland oder von Japan erklären, aber auch der Vereinigten Staaten, die trotz ihres Charakters als Einwanderungsland ja durchaus auf nationale Integration ausgerichtet sind: *E pluribus unum*, heißt der amerikanische Wappenspruch, frei übersetzt: Die multikulturelle (Einwanderungs-)Gesellschaft muß durch die Bildung eines Nationalstaates überwunden werden! Die bleibende Rückständigkeit Afrikas, Lateinamerikas und immer noch weiter Teile Asiens ist darauf zurückzuführen, daß dort überwiegend die Etablierung eines Nationalstaates nach europäischem Muster nicht gelungen ist. Die menscheitsgeschichtliche Bedeutung der europäischen Nationalstaatskonzeption liegt darin begründet, daß damit zum einen überhaupt „Staat“ im Sinne einer juristischen Person mit Organen begründet wird. Die von den Organen ausgeübte Gesetzkompetenz (einseitige Rechtsetzungskompetenz) konnte dabei Haftungsbeschränkungen durch die Begründung juristischer Personen vorsehen, die als „Kapitalsammelstellen“ Grundvoraussetzung für die Entwicklung der neuzeitlichen Industriegesellschaft darstellen (der innere Zusammenhang besteht darin, daß das moderne Staatskonzept fast gleichzeitig mit dem Konzept der juristischen Person wie Aktiengesellschaften entstanden ist). Durch die Nation wird dieser Staat zum anderen mehr als ein bloßes Herrschaftsgebilde, das allein durch die Gewährleistung des Friedens gerechtfertigt ist, sondern der Staat wird dadurch zum Instrument eines bewußten politischen Gestaltungswillens einer politischen Gemeinschaft. Damit kann institutionalisiert werden, was als „moderne Demokratie“ bezeichnet wird. Die Möglichkeit der nationalen Identifizierung mit einer politischen Gemeinschaft erlaubt es in Übereinstimmung mit dem arbeitsteiligen Prozeß der modernen Industriegesellschaft, das aktive politische Geschäft einer Minderheit von Politikern zu überlassen, ohne daß deren Machtausübung als Fremdbestimmung gefühlt wird.

Mit dem Konzept des demokratischen Nationalstaates konnten dabei zwei sich widersprechende Anliegen in einen optimierten Zusammenhang gebracht werden, die in der Darlegung des bekannten Autors Bernard de Mandeville (*Die Bienenfabel*, oder *Private Laster, öffentliche Vorteile*) eigentlich zu einer Alternative zwingen: Will man wirkliches Staatsbürgertum und bürgerliche Tugend, dann muß man auch eine genügsame Gesellschaft ohne starke Vermehrung von Bedürfnissen und fortgeschrittener Arbeitsteilung akzeptieren. Entscheidet man sich dagegen für Handel und Wandel und damit für Wohlstand, dann muß man das antike Ideal des politisch handelnden Staatsbürgers aufgeben, das mit der Vokabel „Demokratie“ ihrem geschichtlichen Ausgangspunkt entsprechend mitschwingt. Während also Demokratie als politische Selbstbestimmung durch unvertretbare politische Mitwirkung an den Gemeinschaftsorganen den Kleinstaat nahelegt, erfordert danach Wirtschaftswachstum den Großstaat. Die mit dem Nationalstaatskonzept gefundene Lösung besteht in einer mittleren Größe, die beide Ansätze optimal harmonisiert. Ein Element dieser Harmonisierung

ist sicherlich die weitgehende Entpolitisierung der Wirtschaft und die darauf basierende Ermöglichung internationalen privaten Handelsaustausches, ein System, das - wie dargelegt - die geographische Ausdehnung eines politischen Herrschaftsgebiet für den wirtschaftlichen Erfolg zu einer weitgehend irrelevanten, wenn nicht gar eher nachteiligen Größe macht.

Diese optimierende Harmonisierung von Demokratie und Wirtschaftswachstum ist bei einer staatsähnlichen Verfestigung von Europa nicht mehr möglich, da es zumindest bislang kein Volk der *Euro-payer* im demokratietheoretischen Sinne gibt. Dies kann man daran erkennen, daß keine Bereitschaft besteht, außer vielleicht bei einigen deutschen Euro-Fanatikern, eine auf dem strikten „one man one vote“-Prinzip basierende Euro-Regierung zu bilden, was etwa zur Folge hätte, daß Malta, bei einer eigentlich gebotenen Reduzierung der Größe des Europaparlaments möglicherweise auch das Großherzogtum Luxemburg über keinen eigenen Parlamentsabgeordneten mehr verfügen dürften. Auch besteht bei den anzusprechenden Staaten keine Bereitschaft, etwa die Veto-Stellung von Großbritannien und Frankreich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen durch Übertragung auf europäische Gremien oder das Atomwaffenpotential dieser Staaten europäisch zu „vergemeinschaften“. Folge dieser Situation ist, daß jeder Übertragung von Kompetenzen auf „Europa“, selbst wenn dies dem Wirtschaftswachstum dienlich sein sollte, eine Entdemokratisierung darstellt. Jede Demokratisierung von Europa wiederum führt zur Entnationalisierung der Demokratie und damit zur Etablierung von Fremdherrschaft oder zumindest eines entsprechenden Gefühls. Bei Aufrechterhaltung des demokratischen Gedankens stellt das Gefühl, zunehmend einer Fremdherrschaft unterworfen zu sein, den maßgeblichen Vorboten eines möglichen europäischen Sezessionskrieges dar: EU-Europa als staatsähnliche Einheit würde daher gerade die europäische Friedensepoche beenden!

Alternative zum Nationalstaat: Imperium mit demokratischer Phraseologie

Die volle Dramatik der Entnationalisierung der Demokratie ergibt sich bei Betrachtung des Demokratieuntergangs in der Spätantike, der in der europäischen Jetztzeit einer politischen Globalisierung eine entfernte Parallele haben könnte. Dem ursprünglichen Demokratiegedanken entsprechend erschien in der griechischen Antike, die den Begriff Demokratie in die Welt gesetzt hatte, nur die Polisdemokratie machbar, von einigen Versuchen wie dem Achaischen Bund abgesehen, eine demokratisch strukturierte Herrschaft in einem größeren Gebiet zu errichten. Die permanente Inanspruchnahme des Politen bei unmittelbarer, d.h. grundsätzlich unvertretbarer Ausübung der Polis-Demokratie war dabei zu Lasten seiner wirtschaftlichen Entwicklung gegangen, d.h. Demokratie erforderte ein geringes Maß an Arbeitsteilung oder als Alternative und Voraussetzung der gelungenen Athener Demokratie: Tributzahlungen aus abhängigen Gebieten und - auch wenn dies häufig polemisch eingewandt wird, ist es trotzdem zutreffend - eine Sklavenhaltergesellschaft, die die Zahl der Politen erheblich beschränkte. Die wirtschaftliche Entwicklung, die auf der Arbeitsteilung beruht und dabei auch das politische Geschäft notwendigerweise einer aktiven Minderheit von Berufspolitikern zuweist, erzwang damit, mangels der Alternative Nationalstaat, der erst in der europäischen Neuzeit entstand, das Konzept der Universalmonarchie. Dieses nicht-europäische, im wesentlichen asiatische Konzept erhielt eine spezielle europäische Note dadurch, daß zum Charakteristikum der Imperien des Hellenismus und schließlich des Römischen Reiches durchaus die Bewahrung der Demokratie in den ausdrücklich so genannten freien Städten zählte. Die Freiheit der Demokratie wurde jedoch in den Imperien auf eine bloße Selbstverwaltung reduziert und es stellte sich dann notwendigerweise eine Oligarchisierung ein, die das Imperium im Interesse der Herrschaftssicherung durch Schaffung eines überschaubaren und damit von außen steuerbaren

Personenkreises erzwang. Schon antiken Autoren wie Cicero oder Polybios war Demokratie dann eine Staatsform der Vergangenheit, also etwas, was letztlich der wirtschaftlichen Entwicklung entgegenstand. In Rom führte die Entscheidung für das Imperium zur Umformung des demokratische Elemente enthaltenen republikanischen Verfassungssystems in ein neuartiges monarchisches System, dessen wesentliche Wurzel aber das demokratische Volkstribunat und seine Verknüpfung mit den Befugnissen eines *dictator perpetuus* durch Caesar, diesem „demokratischen Diktator“ (Luciano Canfora) darstellte. Dieses Herrschaftsgebilde wurde schließlich christianisiert und hierbei wurden, sehr verdrängt, auch die demokratischen Werte tradiert: Schließlich geht der griechische Begriff *ekklesia* für Kirche auf die demokratische Volksversammlung zurück, für die Messe entstand der Begriff Liturgie, der ursprünglich die den begüterten Schichten auferlegten Sonderzahlungen u. a. zur Finanzierung des demokratischen Staatskults meinte. Die Vorstellung des demokratischen *consensus omnium* stellte in Byzanz durchaus noch die konzeptionelle Grundlage der Monarchie dar, was dann in den zahlreichen gewaltsamen Absetzungen, wenn nicht Ermordungen von Monarchen ihren Ausdruck fand. Die imperiale Umformung der Demokratiekonzeption kommt auch darin zum Ausdruck, daß in byzantinischen Lexika der zentrale Begriff der umfassenden Redefreiheit, die für die klassische Demokratie stand, nämlich *parrhesia* (Recht, alles sagen zu dürfen), aber auch *iselogia* (Gleichheitsanspruch auf der Redefreiheit) völlig *entpolitisiert* als des Gerechten freimütiger Umgang mit Gott im Gebet verstanden wurde (s. Reinhold Hülsewiesche, Redefreiheit, in: Archiv für Begriffsgeschichte, 2002, S. 103 ff.). Die Freiheitsidee der Polis hat damit eine Wendung in eine abstrakt-philosophische Innerlichkeit erfahren, d.h. sie wurde in der Religion im Hegelschen Sinne „aufgehoben“.

Diese imperiale Umformung und Umformulierung der Demokratiekonzeption, Kehrseite der Entpolitisierung von Demokratie und - im Kontext der europäischen Moderne gesprochen - der Entnationalisierung von Demokratie, findet sich durchaus auch in der fortgeschrittenen Europa-Politik: Die entsprechende Vokabel heißt: Demokratische Werteordnung. Eine „Werteordnung“ stellt im Unterschied zum demokratischen Rechtsstaat, der lediglich die Erzwingung seiner demokratisch legitimierten Gesetzes fordert, ein ideologisches Zwangssystem dar. Soll sich Demokratie durch die Gewährleistung der Freiheit legitimieren, ist damit die „demokratische Werteordnung“ tendenziell schon das Gegenteil der Demokratie. Eine Werteordnung erzwingt nämlich auch eine über den Gesetzesvollzug hinausgehende ideologische Übereinstimmung mit dem Willen der Wertesetzer. Der rechtsstaatsfeindliche und damit gegen die Freiheit gerichtete Charakter dieser Wertesetzung kommt etwa dadurch zum Ausdruck, daß von den Wertesetzern rechtmäßiges Handeln unter Berufung auf demokratische Werte bei Bedarf als wertewidrig behandelt und mit illegalen Mitteln bekämpft werden kann. Den wichtigsten europapolitischen Demonstrationsfall stellen die sogenannten „Österreich-Sanktionen“ dar. Gestützt auf sogenannte „europäische“, natürlich „demokratische“ Werte wurde damit die normale Regierungsbildung auf nationalstaatlicher Ebene, die sich nach demokratischen Rechtsregeln vollziehen sollte, verhindert oder war nur in einer für die Werteordner gerade noch hinnehmbaren Weise möglich. Damit kann gezeigt werden, daß ein fortgeschrittenes Werte-Europa keine nationalstaatliche Demokratie mehr dulden kann, sondern Volkssouveränität auf eine bloße, unter internationaler Wertaufsicht stehende Selbstverwaltung reduzieren muß.

Da die demokratische Werteordnung in der Regel ausgerechnet Grundrechte oder Menschenrechte als Argument für die Mißachtung rechtsstaatlich-demokratischer Verfahren gebraucht, werden damit automatisch die Grundrechte ihrer rechtlichen Qualität entwertet - daher wohl der Begriff „Werteordnung“ - und zu einer ethischen, ja religiösen Größe umformuliert. Die Gefährlichkeit dieses Vorgehens kann insbesondere am Gleichheitsprinzip

demonstriert werden: In der rechtsstaatlichen Demokratie bedeutet die Garantie der Gleichheit, daß Staatsorgane einen Bürger nicht deshalb diskriminieren dürfen, weil er einer oppositionellen politischen Richtung angehört. In einer demokratischen Werteordnung verwandelt sich der Gleichheitssatz in ein Verbot an den Bürger, zu diskriminieren; insbesondere darf er keine Demokraten durch die Wahl von Nicht-Demokraten diskriminieren, wobei Nichtdemokraten Personen sind - der ansonsten inflationäre gebrauchte Begriff „Mensch“ ist für echte Demokraten, rassistisch und sonst privilegierte Minderheiten reserviert -, denen unterstellt wird, nicht so richtig an die Demokratie zu glauben. In der „Deutschen Demokratischen Republik“, die vielleicht doch nicht ganz unberechtigt so hieß (zumindest auf der Ebene der Wertebetrachtung), hat man das Problem der Diskriminierung durch die demokratische Einheitsliste gelöst, welche die Diskriminierung von Demokraten durch undemokratische Bürger unmöglich gemacht hat. Vielleicht wird nunmehr verständlich, weshalb zumindest seit dem Untergang des kommunistischen Totalitarismus „Europa“ zum Sozialismus-Ersatzprojekt der politischen Linken geworden ist, obwohl diese der Europa-Konzeption bis dato unterstellt hatten, ein kapitalistisches Projekt zu sein. Nunmehr befürwortet also die politische Linke ein mit demokratischer Phraseologie einhergehendes Imperialkonzept. Dies dürfte in der Tat die moderne Imitation einer spätantiken Entwicklung darstellen, die über die Entpolitisierung des Demokratiedenkens einer religiös-ideologischen Herrschaftsbegründung zum Durchbruch verholfen hat.

Regressive Europa-Konzeption

Den quasi-religiösen und damit, bei Übertragung auf die Politik, ideologischen Zwangscharakter von „Europa“, kann man etwa daran erkennen, daß der quasi-religiöse Begründungsaufwand zur Legitimierung von Werte-Europa extrem zunimmt und dabei alles übertrifft, was dem mittlerweile relativ harmlos gewordenen Nationalismus der europäischen Völker diesbezüglich zum Vorwurf gemacht werden könnte. Hingewiesen sei diesbezüglich auf den Bericht der klugen FAZ vom 24.01.2000: „In Brüssel sind die Fundamente noch nicht fest. Die Belebung des ideologischen Baumarktes ist deshalb sehr zu begrüßen: Eine Tagung in Tutzing versucht die Beseelung Europas“. Dort sind die Ausführungen eines katholischer Theologen zur Rechtfertigung von „Europa“ angeführt, der dabei den „Nationalismus“, also die demokratische Gemeinschaftlichkeit der einzelnen Mitgliedstaaten der EU/EG als heidnische Mythologie identifiziert und die europäische Einigung dementsprechend als verspätete Offenbarung interpretiert hat. In ökumenischer Übereinstimmung hat der bundesdeutsche Protestantismus „Europa“ bereits als „versöhnte Gemeinschaft“ begriffen, also einer Gottvater direkt unterstellten *communitas mystica*.

Wahrscheinlich ist den entsprechenden Theologen nicht bewußt, daß sie sich mit derartigen Auffassungen in der Kontinuität mit dem byzantinischen Reichs-Theologen *Eusebios* stellen, der Vielstaaterei und Vielgötterei auf eine Ebene gebracht und deshalb die universale Imperialherrschaft zum Gebot des christlichen Monotheismus gemacht hatte: „Als dann aber der Herr und Heiland erschien und zugleich mit seiner Ankunft Augustus als der erste Römer Herr der verschiedenen Nationen wurde, da löste sich die pluralistische Vielherrschaft auf, und Frieden erfaßte die ganze Erde“ (zitiert bei Hans-Georg Beck, Das byzantinische Jahrtausend, 1978, S. 96). Eine vergleichbare Auffassung ist im übrigen für die maßgebliche Richtung des Islam festzustellen: „Selbst wenn jede Gruppe für sich einen entschieden monotheistischen Glauben hätte, wäre die Menschheit insgesamt polytheistisch, da sie ihre zahlreichen religiösen Richtungen nicht als ein und dieselbe identifizieren könnten“ (so die Zusammenfassung bei Hans Zirker, Islam. Theologisches und gesellschaftliche Herausforderungen, 1993, S. 233). Das ursprünglich durchaus vorhandene Verständnis des

Herrschaftspluralismus als Folge der ethnischen Vielfalt, eine Position, die eingenommen worden war, als man Mohammed noch primär als arabischen Propheten verstand, der mit den anderen Völkern und Religionen in Harmonie leben wollte, wurde doch ziemlich schnell zugunsten des Verständnisses aufgegeben, wonach diese staatliche und ethnische Vielfalt eine Folge von Sünde und Auflehnung gegen die prophetische Sendung sei und deshalb im Interesse einer islamischen Universalherrschaft grundsätzlich mit Gewalt bekämpft werden müsse.

Die Entwicklung in West-Europa war jedoch grundlegend anders: Hier hat sich - zunächst ungewollt - vor allem über die Auseinandersetzung zwischen (römisch-deutschen) Kaiser und Papst - die Trennung von Politik und Religion durchgesetzt. Die Begründung des Staaten- und Völkerpluralismus erfolgt dabei überwiegend ohne Rekurs auf pagane Begründungsansätze, sondern ergibt sich aus der Erkenntnis der Sachgesetzlichkeit des Weltlichen. Schon im Jahr 1302 hat der aristotelisch argumentierende Johannes Quidort ausgeführt, daß das partikulare Königtum, aus dem im Großen und Ganzen der europäische Nationalstaat hervorgehen sollte, das Gemeinwohl der natürlichen politischen Gemeinschaft am besten wahre, weil eine Weltmonarchie der natürlichen Verschiedenheit der Völker, ihrer Lebensbedingungen und ihrer Kultur nicht gerecht werden könne. Deshalb müsse es mehrere Reiche geben, während die Universalität strikt spirituell zu verstehen sei. Diese Position ist die Grundlage der europäischen Aufklärung und des damit verbundenen Nationalstaatskonzepts. Wie europäische Wissenschaftlichkeit und weltliches Nationalstaatskonzeption zusammenhängen, kann man wiederum im Vergleich mit dem Islam ersehen, der immer noch einen extrem rückständigen Kulturkreis repräsentiert: Den wesentlichen Unterschied zwischen Christentum und Islam hatte bereits Johann von Damaskus (†754) herausgearbeitet, indem er auf der Unveränderbarkeit der Naturgesetze bestand, während der Okkasionalismus des Islam bei Verneinung der Naturgesetze davon ausgeht, daß Gott in jedem Augenblick willkürlich die Existenz erschafft. Damit wird das Wunder (Irrationalität) nicht zur Ausnahme, sondern zur Regel. Dagegen wurde im (westlichen) Christentum überwiegend das griechische philosophische Erbe von einem rationalen Verhalten Gottes durch grundsätzliche Selbstbindung an die von ihm festgelegten Naturgesetze aufgenommen. Diese begründen die Sachgesetzlichkeit des Weltlichen und lassen eine Überdeterminierung durch religiöse Gebote vermeiden. In dieser Sachgesetzlichkeit liegt auch die Autonomie des Politischen als Grundlage auch der politischen Freiheit begründet und erlaubt die Anerkennung des Staaten- und Völkerpluralismus als legitim, weil dieser den christlichen Glauben trotz seines Universalismus aufgrund des schließlich anerkannten Eigenwertes des Politischen, der sich aus der Sachgesetzlichkeit der von Gott geschaffenen und von ihm akzeptierten Menschennatur ableitet, gar nicht berührt. Demgegenüber stellt das politische Denken (*siyāsa*) als solches für den Islam aufgrund seiner universalistischen Prinzipien Häresie dar und er muß deshalb auf der (Selbst-) Arabisierung bekehrter Völker als religiös wünschenswerter Norm bestehen; dagegen konnten die Germanen und Slawen bei ihrer Christianisierung selbstständige Völkerschaften bleiben und sich in der Moderne zu echten Nationalstaaten entwickeln.

Eine theologische oder auch sozialistisch-säkular-religiöse, also letztlich gnostische Euro-Konzeption, die meint, den Nationalstaat verdammen zu müssen, stellt deshalb eine ungeheuerliche Revision der speziellen europäischen Entwicklung dar, welche zur Moderne geführt hat. Diese Entwicklung ist aus Sicht der politischen Freiheit, also der nationalstaatlichen Demokratie, deshalb gefährlich, weil die zur Imperialkonzeption zurückführende Entnationalisierung des Demokratiedenkens durch Euro-Europa eine Kompatibilität mit asiatischen politischen Traditionen herbeizuführen erlaubt, was sich gerade im asiatischen Zeitalter, sollte es dazu kommen, verhängnisvoll auswirken könnte. Gerade

weil die Idee des Imperium nicht an Europa und an dessen politische Traditionen gebunden, sondern etwa mit dem asiatischen Politikverständnis vereinbar ist, spricht einiges dafür, daß der politische Universalismus, wenn er die europäische Nationalstaatsidee überwindet, damit für unabsehbare Zeit - vergleichbar mit der Entwicklung der Spätantike - auch das Ende der Demokratie einleitet (so auch Jean-Marie Guéhenno, *Das Ende der Demokratie*, 1994), mag diese auch phraseologisch noch einige Jahrhunderte nachhallen. Das große Paradoxon ist, daß in Europa selbst gerade die universalistisch fehl-verstandene Europa-Idee, die das gerade das spezifisch Europäische der Menschheitsgeschichte verkennt, auch das Ende der Demokratie herbeiführen dürfte. Deshalb bedeutet die politische Globalisierung und sei es nur auf europäischer Ebene, einen Zentralangriff auf die Freiheitskonzeption, deren Verwirklichung bislang mit Nationalismus verbunden gewesen ist, wobei keine realistische Alternative einer anderen Verknüpfung erkennbar ist. Die Überwindung des Nationalstaates und damit die Rückkehr des politischen Universalismus, bedeutet dabei langfristig auch die Rückkehr der politisch-religiösen Despotie. Diese geht dann in die wirtschaftliche Stagnation über, was dann sogar in die „natürliche Ordnung“ zurückführen mag, die von manchen nicht ganz zutreffend als „neues Mittelalter“ gekennzeichnet wird.

Einen Hinweis auf diese Entwicklungsmöglichkeit vermag wohl das europapolitisch motivierte Experiment des bewußten Islamimports zu geben, das mit der Frage der EU-Mitgliedschaft der Türkischen Republik unauflöslich verbunden ist: Diese Mitgliedschaft würde die Masseneinwanderung von Anatoliern und mit diesen verbundenen Angehörigen islamischer Turkvölkern, die sich bis China finden, irreversibel machen. Interessanter Weise stellt sich in diesem Zusammenhang eine offene Religionspolitik angeblich säkularer europäischer Regierungen ein: So forderte Burkhard Reichert, Leiter des Referats Kirchen und Religionsgemeinschaften beim SPD-Parteivorstand in seinem zusammenfassenden Beitrag „Religionspolitik und Zivilreligion“ (in: Rolf Schieder (Hg.), *Religionspolitik und Zivilreligion*, 2001, S. 233 ff., 237): „Es ist Zeit für eine neue Religionspolitik und dabei sollten wir die Initiative zur Gestaltung ergreifen.“ Dementsprechend werden in der Bundesrepublik Deutschland auf höchster staatlicher Ebene „Islamkonferenzen“ organisiert. Diese dienen der Integration von Wanderern, veranstaltet von Politikern, die nicht einmal fähig sind, demokratiekonform die eigenen „Rechtsextremisten“ zu „integrieren“, welche sie - universalismuskonform - als Feinde behandeln! Stattdessen soll der Islam zivilreligiös (demokratiereligiös) integriert werden: „Den Islam europafähig machen. Der türkische Staat übernimmt in der religiösen Reform die Initiative“ so die FAZ in einer Schlagzeile vom 25.09.2000, was nicht als Kritik an der Anmaßung religionspolitischer Kompetenzen durch den türkischen, angeblich laizistischen Atatürk-Staat zu verstehen ist, sondern eher als freiheitliches demokratisches Vorbild für die deutsche Bundespolitik! Wie weit reichend entsprechende religionspolitische Überlegungen gehen, läßt sich halbamtlichen Bestrebungen entnehmen, wie sie etwa von der Quandt-Stiftung vorgenommen werden, „Europa“ unter dem Stichwort der abrahamitischen Religionen in eine „jüdisch-christlich-islamische Werteordnung“, also in eine universalistische Metareligion zu überführen. Die FAZ vom 05.03.2001 betitelt dies wie folgt: „Das Wissen über abrahamitische Weltreligionen fördern. Herbert Quandt-Stiftung und Universität Birmingham über die Grundlegung einer europäischen Identität“.

Es wirkt dabei zwingend die Euro-Logik der Entnationalisierung von Demokratie: Die Euro-Logiker erkennen dann doch an, daß man für eine Euro-Demokratie, soll der Begriff „Demokratie“ nicht besser gleich aufgegeben werden, vielleicht doch so etwas wie ein Euro-Volk braucht, das über die derzeitigen, eher noch vor-politischen *Euro-payer* hinausgeht. Da ein derartiges Euro-Volk aufgrund der europäischen Nationalismen nur schwer herstellbar ist und damit der zu weitgehenden Europapolitik vielleicht doch irgendwie berechtigter Weise

der Ruch des Antidemokratischen anhaftet, versteigt man sich dazu, durch eine Wanderungspolitik bei angeblicher Nachahmung der US-amerikanischen Entwicklung einen für die Euro-Demokratie tauglichen „Europäer“ erst zu schaffen. Daß eine derartige europäische Identität ausgerechnet mit Hilfe des Islam erreicht werden soll, ist dann wohl tatsächlich nur auf Anhub absurd, sondern folgt der Logik des Imperialgedankens als Folge der Entnationalisierung von Demokratie. Dabei ist zu sagen, daß sich mit dem europapolitischen Stichwort der „abrahamitische Religionen“ bereits der Sieg des Islam andeutet, der eben doch Religion und nicht, wie die Euro-Ideologie, nur Zivilreligion ist; denn es war Mohammed, der lehrte, nachdem er erkennen mußte, daß weder Juden noch Christen seinen Anspruch akzeptieren wollten, der Vollender ihrer Religionen zu sein, daß der Islam die Rückkehr zum wahren Monotheismus Abrahams mit seinem Heiligtum Mekka darstelle, von dem die Juden, aber vor allem wegen des antik-griechischen Erbes die Christen abgefallen seien. Mit diesem antik-griechischen Erbe ist auch der Demokratiegedanke untrennbar verbunden, mag auch die moderne Demokratie mehr in der geschichtlichen Kontinuität des römischen Republikanismus stehen. Mit seiner abrahamistischen Position nimmt der Islam für sich in Anspruch zu entscheiden, was „Erbe Abrahams“ ist. Bemerkenswert ist dabei die kaum nachvollziehbare positive Wertschätzung des Islam bei katholischen Theologen, die sich dem „Weltethos“ verpflichtet wissen, welche wiederum zur Immunsisierung von Kritik mit dem jüdischen Konnex gerechtfertigt wird: „Es ist das jüdische Element der christlichen Botschaft, das der Koran entschieden zur Geltung bringt. Die gezeugneten Judenchristen treten im Koran neu hervor“ (so Küng / van Ess, Christentum und Weltreligionen – Islam, 1994, S. 181). Analysiert man unter diesem Aspekt die angeführte theologische Begründung der Europaidee, dann spricht doch einiges dafür, daß sie dem Islam - zumindest in den realen politischen Auswirkungen - bereits näher steht als dem Christentum, beziehungsweise der in dessen Rahmen entwickelten politischen Auffassungen.

Ausblick auf die Real-Politik

Allerdings kann die Einschätzung getroffen werden, daß sich das Euro-Projekt gerade mit seinem universalistischen Ausgreifen, das auf die Integration von Turkvölkern und Islam abzielt, selbst widerlegt. Dieser das Euro-Projekt nach innerer Logik selbstzerstörende Universalismus reflektiert, vielleicht ungewollt, die Selbsterkenntnis, daß bei universalistischer Betrachtung dem demokratischen Werte-Europa auf höherer Ebene derselbe Vorwurf gemacht werden muß wie dem demokratischen Nationalstaat, nämlich den Rest der Menschheit „auszugrenzen“. Dementsprechend ist der „Ruf nach einer europäischen Identität“ nach den „Die Welt“- Theologen Richard Herzinger / Hannes Stein, Endzeitpropheten oder Die Offensive der Antiwestler, 1995, Ausdrucks des Willens, sich gegen den amerikanischen Universalismus abzuschotten, der danach der wirklich menschheitlich-demokratische darstellt. „Denn die Vereinigten Staaten sind eine Art Neugründung der Menschheit, sie beweisen täglich, daß eine Nation auf universalistischer Grundlage gebildet werden kann.“ Bei dieser Betrachtung kann das Euro-Projekt dann allerdings nur als Baustein US-amerikanischer ideologie-politischer Weltherrschaft-Bestrebungen wirklich gerechtfertigt werden.

Damit muß man vielleicht doch einmal in die etwas realere Politik zurückkehren: In der Tat geht ja die Europa-Konstruktion auf einen, dann formell doch nicht verabschiedeten Resolutionsentwurf des US-Senats von 1947 zurück, mit dem die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa im Rahmen der Vereinten Nationen, d.h. beaufsichtigt von der Veto-Macht USA gefordert wurde (Nachweis bei Geir Lundestad, „Empire“ by Integration. The United States and European Integration, 1945-1997, 1998, S. 14). Die damit konzeptionell

bereits von den USA beschlossene EG machte durch entschlossene Einbindungspolitik die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 insbesondere den Franzosen erträglich (s. bei Lundestad, S. 23). 1961 verständigten sich Kennedy und de Gaulle, ungeachtet ihrer gegensätzlich Haltung in zahlreichen sonstigen Fragen darauf, daß die Niederhaltung Deutschlands den wesentlichen Zweck der EG-Konstruktion darstellt (s. bei Lundestad, S. 61). Es stellte sicherlich eine gerechtfertigte Politik dar, daß bundesdeutsche Politiker daran mitmachten, da im Prinzip aufgrund des Ergebnisses des 2. Weltkriegs keine wirkliche Alternative zur Verfügung stand. Nur ist heutigen deutschen Politikern und ihren Ideologen vorzuwerfen, daß sie die eigentlich taktische Bedeutung dieser Mitmache-Politik vergessen haben und nunmehr Europa als Selbstzweck verkünden: Nur in der bundesdeutschen Verfassung findet sich die Verpflichtung zur Europa-Unterordnung und es findet sich in der Präambel des als Übergangslösung gedachten Grundgesetzes die Pflicht des Deutschen Volkes zu dienen, natürlich „dem Frieden der Welt“ als - immerhin - „gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa“: „vereint“, auch das sei positiv würdigend gesagt, klein geschrieben! Man könnte natürlich die Frage stellen, wie sich „dienen“ zur „Volksherrschaft“, also „Demokratie“ verhält, die ja nicht als „Demodouleia“ angesprochen ist: Bei Eusebios war „Weltfriede“, wie dargelegt, die wesentliche Rechtfertigung zur Abschaffung der als „heidnisch“ ausgemachten „pluralistischen Vielherrschaft“ der vielen Völker! Maßgebliche französische Politiker halten den europäischen Frieden nur für möglich, wenn „die deutsche Macht untrennbar mit der französischen verbunden ist“ (so Philippe Delmas, Über den nächsten Krieg mit Deutschland. Eine Streitschrift aus Frankreich, 1999, S. 210), womit sicherlich nicht die gemeinsame Atomstreitmacht gemeint ist. Begründung für die Prämisse der deutschen Unterordnung unter Frankreich: „Denn Deutschlands Macht wird, wenn wir sie allein lassen, stärker sein als Europa. ‘Und das wird sich nur durch Krieg lösen lassen’, sagte de Gaulle einmal“ (ebenda).

Die politische Intention der Euro-Konstruktion, die durchaus erkennbar mit impliziten, zumindest gedanklichen Kriegsszenarien hinlegt ist, ist bei entscheidenden Weichenstellungen immer wieder sichtbar geworden. Erinnerung sei an die Ausführungen von Emmanuel Todd, eines früheren Beraters des Anti-FPÖ-Präsidenten Frankreichs Chirac, der im Zusammenhang mit „Haider“ die „deutsche Frage“ als „wieder offen“ bezeichnet hat (FAZ vom 26. Februar 2000, S. 44). Diese französische Stimme ist deshalb bemerkenswert, weil sich Todd nämlich davor entschieden gegen die wiedervereinigungsfeindlichen Bestrebungen von Mitterand gewandt und auch die Motivation insbesondere französischer Europapolitiker als „pervers“ bezeichnet hatte, Europa deshalb anstreben zu wollen, damit Deutschland verschwindet. Mit dem damaligen Regierungseintritt der FPÖ wandte sich Todd gegen seine eigenen Aussagen zur Souveränität der Nationen, indem er den „deutschen Nationen“ – bemerkenswerter Weise werden dann die Österreicher entgegen der üblichen französischen Regierungspropaganda plötzlich doch als Deutsche erkannt - „wegen ihrer Geschichte“ das Recht abstreitet, „rechtsextreme Regierungen zu bilden“. „Es ist nicht das Gleiche, ob die extreme Rechte in Deutschland, Italien oder Frankreich in die Regierung kommt“. „Rechtsextrem“ ist die FPÖ nach Todd, weil sie „historisch gesehen“ „die Partei des Pangermanismus“ ist und „den Nationalliberalismus“ vertritt, womit ein mit deutschen Interessen vereinbarer Liberalismus eurologisch schon verboten ist! Im übrigen ist gerade im europäischen Zeitalter der Vorwurf des Pangermanismus absurd: Wenn schon eine Vereinigung von Deutschen und Österreichern nicht möglich ist, dann doch wohl erst recht nicht zwischen Deutschen und Franzosen, zumal diese ja nicht mehr „Frankreicher“ heißen und die Österreicher immer noch nicht als „Östrozen“ angesprochen werden müssen, wie es wohl europawertlich lauten müßte. Damit sich europäische Ausgrenzungsmaßnahmen, die wertedemokratisch eine demokratische Regierungsbildung verhindern sollten, allein gegen Deutsche richten, rekurrierte Todd auf den ansonsten für „Rassismus“ stehenden Topos, „daß

nicht alle Nationen gleich sind“: Nur die deutsche politische Kultur hätte und würde Nationalsozialismus hervorbringen können. Indem Todd dann aus der Verschiedenartigkeit der Nationen unterschiedliche Rechtsfolgen ableitet - nur die „deutschen Nationen“ haben kein „Recht, eine rechtsextreme Regierung zu bilden“ -, gelangt er doch zur Verschiedenwertigkeit der Nationen: Der edlen, da grundsätzlich linken französischen Kultur, steht dann die verworfene, da eher rechte deutsche (Un-?) Kultur gegenüber, ein Ansatz, welcher sich in den generellen Kriegslogan des edlen Frankreichs aus der Zeit des 1. Weltkriegs umsetzen läßt: *La race humaine contre la race Allemande!*

Es ist halt die zwingende rassistische Kehrseite des Universalismus, seine Feinde als Nichtmenschen darstellen zu müssen und bekämpfen zu können. Das Angebot der USA an die Franzosen, bei der Einbindung der Deutschen über die EG-Konstruktion mitzumachen, ist aber konsequent angenommen worden! Damit wird auch verhindert, daß „Europa“ zu einer mit den USA konkurrierenden Macht werden könnte wie von französischer Seite gelegentlich angedeutet wird, eine Politik, die sich spätestens mit der von den USA nahezu aufgezwungenen EU-Mitgliedschaft Großbritanniens endgültig erledigt hat. Ein Schritt zu einer Politik, die vielleicht der EU-Europa-Konstruktion einen Sinn verleihen könnte, wäre in der Tat die Europäisierung des französischen und britischen Atomwaffenpotentials und der Veto-Position der genannten Staaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Natürlich wird dieser Schritt nicht getan werden, sondern es bleibt bei der Europäisierung der deutschen Währungsreserven und der Vergemeinschaftung der Staatsschulden.

Aus Sicht der USA ist es natürlich legitim, dafür Sorge zu tragen, daß eine von ihr initiierte Staatenvereinigung nicht zum Gegenspieler der USA wird. Ein zusätzliches Instrument, dies zu verhindern, stellt die den Europäern von den USA mit universalistischen und experimentaldemokratischen Phrasen aufgenötigte EU-Mitgliedschaft der Türkei: Die innere Schwächung, zu der dies aller Wahrscheinlichkeit nach führen wird, erlauben den USA dann die Anwendung der indirekten Herrschaftstechnik wie sie schon seit fast 200 Jahren gegenüber dem lateinamerikanischen Halbkontinent mit seinen überwiegend wirtschaftlich und politisch eher suboptimal funktionierenden Einwanderungsgesellschaften praktiziert wird. Die Moralintervention, vielleicht unter Militäreinsatz, zumindest durch CIA-Geheimdienstoperationen zugunsten von Menschenrechten diskriminierter Moslemanhänger wird ideologie-politisch schon jetzt vorbereitet. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß die USA, welche den Europäern die EU-Mitgliedschaft der Türkei aufnötigen, sich selbst mit Grenzbefestigungsanlagen an der mexikanischen Grenze vor lateinamerikanischer Einwanderung schützen, eine Maßnahme, die bei universalistischer Perspektive nun völlig unverständlich ist. Auch werden aus der nord-amerikanischen Freihandelszone keine den Europäern nahe gelegten weiteren politischen Schritte zu einer staatlichen Integration etwa von Mexiko mit den USA unter Einschluß des unbeschränkten Niederlassungsrechts der Lateinamerikaner in den USA abgeleitet.

Dies zeigt natürlich den heuchlerischen Charakter des amerikanischen Universalismus auf: Eine weltweite Demokratie auf der konsequenten Basis von „one man one vote“ werden die USA schon deshalb nicht anstreben, weil die US-Amerikaner dann bei Wahlen zum Weltparlament an der 5%-Klausel scheitern könnten. Dann bleibt nur die Gründung internationaler, bei Bedarf supranationaler Organisationen wie der EU übrig, die sich demokratischen Werten verpflichten wissen und einst konzipiert worden sind, um an die Stelle europäischer Kolonialherrschaft zu treten; diese Kolonialherrschaft, die sie selbst auf den Philippinen praktizierten, hatten die USA, auch bei Machtausübung durch das demokratische Frankreich und das liberale Großbritannien als undemokratisch bekämpft. Das Dilemma dieser internationalen Organisation besteht aber wiederum darin, daß sie sich vor

allem bei universalistischer Perspektive überflüssig machen: Denn wenn alle auf der Basis der Gleichheit, also wenigstens bei Beachtung des Grundsatzes „one State one vote“, dem die Konstruktion des UN-Sicherheitsrat mit Veto-Mächten allerdings widerspricht, dazu gehören, ist in etwa dasselbe erreicht als würde niemand dazugehören.

Die Alternative: Bewahrung des demokratischen Nationalstaates

Da also auch bei der Verwirklichung eines universalistischen Europa die Politik nicht durch Ökonomie und Ethik abgeschafft werden würde, stellt sich vielleicht doch die Frage einer politischen Alternative. Diese läßt sich schlagwortartig mit Bewahrung des demokratischen Nationalstaates wiedergeben. Der Nationalstaat und der ihn kreierende Nationalismus ist in Verbindung mit der Aufklärung gerade das spezifisch Europäische der Menschheitsgeschichte, wie auch ein Gegner des Nationalismus, nämlich Hans-Ulrich Wehler, in seiner entsprechenden Monographie (Nationalismus, Geschichte, Formen, Folgen, 2001) einräumen muß. Aus der nationalstaatlichen Perspektive ist „Europa“ nur Instrument, aber kein Ziel für sich. Außer der deutschen politischen Klasse und verwandten Phantasten wird dies in Europa allgemein so gesehen und erklärt die mangelnde Bereitschaft der Franzosen, die selbstverständlich nachzuvollziehen ist, ihr Atomwaffenpotential zu europäisieren. Hinsichtlich der EWG / EG / EU kann eingeräumt werden, daß diese wirtschaftliche Vorteile gebracht hat, es sei aber dahingestellt, ob diese Vorteile nicht auch anderweitig hätten herbeigeführt werden können. Dabei sollte man berücksichtigen, daß die EWG an den realwirtschaftlichen Faktoren wohl fast nichts geändert hat. Man möge (nach Bandulet, Was wird aus unserem Geld? 1977, S. 154) die Zahlen von 1913 und 1995 vergleichen: 1913, in einem Zeitalter, in dem die Weltwirtschaft trotz des politischen Nationalismus noch liberaler gewesen war als im Zeitalter der sog. Globalisierung / Amerikanisierung, waren 75% der deutschen Exporte nach Europa und 8% nach Nordamerika gegangen. Für 1995 lauten die Zahlen: 75% nach Europa und 7,3% in die USA. Damit dürfte der handelsumlenkende Effekt der EWG größer gewesen sein als der handelsweiternde. Der wesentliche Unterschied zwischen 1913 und 2013 besteht aber darin, daß es 1913 keine deutschen Transferzahlungen ins Ausland gegeben hat, außer in deutsche Kolonien (lediglich Togo brachte einen Netto-Gewinn): Diese Zahlungen kamen erst mit den Versailler Vertrag und nunmehr vor allem mit der europäischen Währungsunion. Was immer bislang die Vorteile von „Europa“ gewesen sein mögen, es steht zumindest fest, daß spätestens mit dieser Währungsunion das Optimum an „Europa“ überschritten worden ist. „Europa“ mag zwar die durch die Staatsverschuldungen bewirkte Finanzkrise, die zu einer größeren Wirtschaftskrise führen dürfte, etwas hinauszögern, diese wird sich aber dann umso schwerwiegender einstellen: Ohne Euro hätten sich die Schuldenstaaten schneller der wirtschaftlichen Realität stellen müssen und hätten die notwendigen Anpassungsprozesse nicht verzögern können. Damit läßt sich nochmals der ökonomische Sinn des Staatenpluralismus aufzeigen: Dieser ist im Bereich der sog. öffentlichen Güter dem Weltstaat in der gleichen Weise überlegen wie im Bereich der Privatwirtschaft das Privateigentum dem allgemeinen Staatseigentum: Mit Privatunternehmen sind permanente Insolvenzen verbunden, die aber in der Regel die Gesamtwirtschaft nicht schädigen, sondern letztlich in deren Interesse liegen. Bei Insolvenz der Gesamtwirtschaft gibt es kein Entrinnen und die Chancen für einen weiteren Aufschwung könnten gering werden: ein Grund, weshalb insbesondere schnell auftauchende Großreiche in Asien ziemlich schnell wirtschaftlich gescheitert und dann verschwunden sind.

Dies zeigt im übrigen, daß Weltstaatsphantastereien, einschließlich der Europa-Idee als Übergangslösung sich vor allem aus der sozialistischen Ideenströmung ergeben, für die Privateigentum und Staatenpluralismus allenfalls als Übergangslösung akzeptabel sind.

Demgegenüber hat in der Lehre des klassischen Liberalismus der Völker- und Staatenpluralismus seinen bleibenden Wert, weil dies ein wesentliches Mittel ist, die - wie dargestellt - durchaus nicht von vornherein garantierte Kompatibilität von Liberalismus und Demokratie zu sichern: Die Förderation (wie Staatenpluralismus in der klassischen liberalen Literatur lautet) „ist das einzige Mittel, um nicht nur die Herrschaft der Mehrheit, sondern auch die Macht der Volksgemeinschaft zu zügeln“ (so der große liberale und katholische Schriftsteller Lord Acton); dies geschieht dann in einer durchaus demokratiekonformen Weise durch den machtpolitischen Wettbewerb unabhängiger Nationalstaaten. In vergleichbarer Weise geht eine genuin konservative Philosophie davon aus, daß der Mensch aufgrund seiner Knappheit an Zeit (Sterblichkeit) und sonstiger Unzulänglichkeiten nicht universeller Kulturvermittler sein kann, so daß unterschiedliche Kulturen erforderlich werden, die letztlich nur durch unabhängige Staaten zu garantieren sind, um den kulturellen Reichtum der Menschheit zu gewährleisten. Für Liberalismus und Konservativismus stellen also die den Staaten- und Völkerpluralismus garantierende Nationalität und damit der Nationalstaat einen bleibenden Wert dar, der auch bei internationaler Wirtschaftsintegration nicht schwindet, sondern weiterhin seine maßgebliche politische Rechtfertigung behält. Hinsichtlich von „Europa“ ist deshalb vor allem an die politische Richtung der Christdemokratie, zu deren eigentlichen Daseinzweck schon seit längerem die Euro-Ideologie geworden ist, die Frage zu richten, wann sie ihre erkennbar sozialistische Grundhaltung aufgibt und ob sie sich wirklich an der byzantinischen politischen Theologie und an derjenigen des Islam orientieren will, wonach der Staatenpluralismus Teufelszeug ist und deshalb die phönizische Prinzessin Europa aus der heidnischen griechischen Mythologie verehrt werden muß. Dieses Bild der eine Gestalt der heidnisch-griechischen Mythologie verehrenden Christdemokratie beschreibt in der Tat das große Paradoxon der Entnationalisierung der Demokratie durch das Europa-Projekt.